

## Einleitung

Die politische Mitte war nach dem zweiten Weltkrieg in einem kompromissorientierten und zusammenwachsenden Europa über Jahrzehnte Grundlage des politischen Selbstverständnisses und Zentrum der demokratischen politischen Prozesse. Um sie drehten sich Flügelparteien wie um einen Gravitationsprozess, der sie stets ins Auge des Maelstroms zurückholte. Heute ist die Mitte in Krise – wenn sie überhaupt noch im historisch über Jahrzehnte grundgelegten Sinne besteht. Der Niedergang des politischen Mitte-Begriffs und seiner öffentlichen und institutionellen Praktiken, und damit der ehemals großen Volksparteien, genauer: des Formats Volkspartei an sich, erfolgte spätestens seit Anfang der 2000er Jahre auch als Folge komplexer Globalisierungsentwicklungen. Er wurde durch eigene Fehler der gemässigten Mitte-Fraktionen europäischer Politik bedient und beschleunigt.

Die Folge: Volksparteien schrumpfen in allen Demokratien des ehemaligen West- und Mitteleuropas seit Jahren. Im deutschen Sprachraum stehen sie mittlerweile größtmässig Seite an Seite mit Spezialisierungs- und Themenparteien. In Zentral-Osteuropa dagegen wurden sie von „state-capturing“-Interessen vereinnahmt. Dort dienen sie seit einigen Jahren hauptsächlich der Zementierung von Herrschaft. Im Süden Europas wiederum, etwa in Italien, zerbrachen die Volksparteien bereits Mitte der 1990er Jahre über Finanzierungs- und Korruptions-Skandalen sowie zunehmender Wähler-Spezialisierung. Das hatte eine Re-Ideologisierung und zum Teil auch Radikalisierung der politischen Landschaft und Kultur zur Folge. Im Norden Europas dagegen erfolgte die Umwandlung von „Volksparteien“ zu „Koalitionsparteien a priori“ im Rahmen verflachender „Koalitionsdemokratien“. Das brachte einen Niedergang der politischen Konkurrenzkultur und der Repräsentationsfähigkeit der großen Volksparteien gegenüber einem zusehends individualisierteren und flexibleren Wählerspektrum mit sich – obwohl es auch Gegentrends gab, so zum Beispiel die Parlamentswahlen in Schweden vom September 2022, wo die beiden traditionellen Lager wieder leicht zugewinnen konnten.

Für den in Europa und auch im deutschsprachigen Bereich feststellbaren größeren Trend zum Bedeutungsverlust von Mitte und Volkspartei aber gab es in längerfristiger Blickrichtung viele Gründe. Einer, vielleicht der grundlegendste von ihnen, war psychologisch. Das alte, falsche Argu-

ment in den glücklichen Zeiten der universalen Demokratisierungseuphorie der 1990er Jahre lautete: Wenn alles funktioniert in – und mit – der Mitte der Demokratie, dann wird es langweilig. Die Parteien mässigen sich; sie werden zu Volksparteien. Sie beseitigen Ideologien und Extreme; und sie integrieren die Ränder und ziehen sie an sich. Sie gehen in diesem Prozess auch selbst (sowohl von links wie von rechts) immer weiter in die Mitte – und werden sich dadurch immer ähnlicher. Das Resultat? Es herrschen Verhältnisse einer geradezu unerträglichen Friedlichkeit und geregelten Interaktion im Zentrum. Es besteht eine fast selbstverständliche Ausgleichs-, Kompromiss- und Konsenskultur in der öffentlichen Atmosphäre, die, so scheint es, zu fehlender „echter“ Dialektik führt. Fazit? Politische Mitte führt zu Frieden und also Langeweile – wir aber wollen „action“!

Das waren zunächst Empfindungen und später Argumente einer verwöhnten und für die realen geopolitischen und sozialen Verhältnisse blind gewordenen europäischen Generation, die Demokratie, Sozialpartnerschaft und Frieden als Selbstverständlichkeit erlebte, weil sie es nicht anders kannte. Diese Empfindungen und Argumente erwiesen sich jedoch nur allzu schnell als Luxusprobleme der Parteiendemokratie in einem – im Rückblick sehr kurzen – Zeitraum von nur zweieinhalb Jahrzehnten (ungefähr 1990–2015). Sie wurden in diesem Zeitraum von den Politik- und Sozialwissenschaften und den öffentlichen Intellektuellen im Rückblick letztlich in wenig verantwortlicher Weise diskutiert – so, als sei funktionierende Demokratie geradezu ein universaler Assimilationsprozess in eine immer unförmigere und unfassbarere Mitte, die dringend der Kanten und der Aufmischung bedürfe. Die Zukunft der inzwischen „post-postmodernen“<sup>9</sup> Parteiendemokratie war sich spätestens Anfang der 2010er Jahre in dieser nicht zufälligen Aneinanderreihung zu vieler Präfixe überkomplex und unklar geworden. Man diskutierte sie geradezu so, als sei eine friedlich funktionierende Gesellschaft etwas Langweiliges und Bewegungsbedürftiges. Man müsse sie, so der Tenor, wenn nötig auch um den Preis eines zum Selbstwert stilisierten Dissenses „neu beleben“. Die Unverhältnismässigkeit der damaligen „die Mitteparteien werden sich immer ähnlicher“-Debatte zeugt nicht nur von systemischer Unreflektiertheit, sondern

---

9 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Postmoderne, o. D., <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18054/postmoderne/>; sowie Nealon, Jeffrey T.: Post-Postmodernism. Or, the Cultural Logic of Just-in-Time Capitalism, Stanford University Press 2012. Hinweis: Wo nicht anders angegeben, sind alle Internetadressen/URLs in diesem Buch zuletzt am 05.11.2022 abgerufen worden.

auch von Selbstüberschätzung – von einem narzisstischen Größenwahn in Politik und Sozialwissenschaften, der Mitte der 1990er Jahre begann. In den rasch aufeinanderfolgenden multiplen Systemkrisen seit Mitte der 2010er Jahre bekam er seinen Spiegel vorgehalten. Die Geringschätzung von Wert und Wirkung politischer Mitte führte in eine lange Reihe von falschen Prognosen, kaum erwarteten Wenden und fehlender Vorbereitung auf historische Entwicklungen – eine Reihe von unterkomplexen Bewertungen, die bis heute anhält.

Wenn die Systemkrisen seit Mitte der 2010er Jahre eines gezeigt haben, ist es: die Mitte zu verlassen, führt auf unsicheres Terrain. Auf dieses sind die seit 1990 wenig sicherheitsbewußten europäischen Demokratien – und seien sie noch so selbstbewußt „post-postmodern“ – schlecht vorbereitet. Was wir seit Mitte der 2010er Jahre gelernt haben, ist: Das Verschwinden der Mitte begünstigt das Auseinanderbrechen der Gesellschaft über zunehmend komplexen, immer öfters systemisch wirksamen Zeitproblemen am Schnittpunkt zwischen global und lokal. Dieses Auseinanderbrechen von Gesellschaft erfolgt mittlerweile nicht mehr nur über hoch emotionalen, sondern auch über einer zunehmenden Zahl alltäglich-praktischer Fragen von Gestaltung. Das Brüchigwerden des minimalen inneren Solidaritätskits ist in der aktuellen historischen Phase eine der größten unterschwelligsten Bedrohungen europäischer Gesellschaften. Das stellt die Demokratie vor massive Zukunftsherausforderungen.

Doch nicht nur rasch aufeinanderfolgende Krisen mit Systemcharakter sowie neue technologische und Kommunikationsformate haben die allgemeine Bereitschaft zur Polarisierung verstärkt. Es gab auch die Tendenz zur Aus- und Überinterpretation von Partei- zu Gesellschaftslogiken. Das geschah aus überzogenem Verantwortungs- und Gestaltungsbewußtsein jener hoch narzisstischen „Boomer“-Generation, die sich immer schon zu Größerem, ja zur „Rettung der Welt“ berufen gefühlt hatte – und die in den 2000ern in Parteien, Regierungen, Institutionen und Bürokratien an die Macht kam. Die eigene, immer stärker moralisierende „Verantwortungsübernahme“ erfolgte bei proportional dazu immer stärker „selbstverständlichem“ Ausschluss anderer Logiken: die Ideen meiner Partei sind für die gesamte Gesellschaft ausschlaggebend, ja die einzig verantwortungsvollen – die der anderen sind es nicht und müssen deshalb ausgeschlossen werden. Dieses Gefühl nahm mittels eben der wiederholten Systemkrisen über die 2000er Jahre ständig zu. Verantwortungsübernahme wurde ab nun fast zwanghaft mit Ausschlussphantasien verbunden – scheinbar, weil es nun plötzlich „um zu viel ging“, als um zu Kompromissen in der Mitte bereit zu sein. Und man verdammte aus der Sicht einer „Konkur-

renzdemokratie“, wo nur der Gewinner regiert und gestaltet, selbstgefällig gemäßigte Formate wie die „konsoziale Demokratie“ oder gar die – etwa in autonomen Regionen wie Südtirol mit seiner Sonderverfassung praktizierte – „Konkordanzdemokratie“. <sup>10</sup> Solche bereits institutionell konziliatorische Formate nähmen den Wählern zu viel ab, statt ihnen „alles“ zu überlassen – so der Tenor.

Insgesamt gerieten im Zeitkontext der 2010er Jahre die einen Volksparteien in Europa von „big tent parties“ <sup>11</sup> und „catch-all-parties“ <sup>12</sup> zu „self-consuming parties“ <sup>13</sup>; die anderen erlebten den Vorwurf der „cartel parties“ <sup>14</sup> oder der „one-size-fits-all parties“ <sup>15</sup>. Die einen erfahren die Kritik, außerhalb der Zeit zu stehen: weil sie technologische und soziale Entwicklungen verschliefen, die sich fundamental auf die Logiken von Demokratie und Wählerverhalten auswirken. Die anderen stehen unter der Anklage, der Verbreiterung von Macht und Durchsetzung von Einzelinteressen zu dienen. Dass manche Kritiker diese Vorwürfe gewiss auch übertrieben und meinten, „Mitte“ und „Volkspartei“ stünden inzwischen – erneut – unbewußt im Dienst staatspolitisch „unitarischer“ Ideologien, tut der relativen Berechtigung dieser Diagnosen keinen Abbruch. Letzteres gilt vor

---

10 Röggl, Marc und Benedikter, Roland: 50 Jahre Südtirol-Autonomie als Modell eines Vereinten Europa. In: Weltrends. Das außenpolitische Journal. Herausgegeben von der Universität Potsdam und dem Polnischen Westinstitut der Universität Poznan (Prof. Dr. Raimund Krämer, Prof. Dr. Lutz Kleinwächter und Prof. Dr. Andrzej Sakson). Potsdamer Wissenschaftsverlag, 30. Jahrgang, Nr. 184, Heft 02/2022 (Februar), S. 56–61, <https://shop.weltrends.de/e-journals/e-paper/2022-k%C3%BCnstliche-intelligenz/s%C3%BCdtirol-50-jahre-autonomie>.

11 Schaus, Michael: The death of ‘big tent’ political parties. In: The Nevada Independent, February 6<sup>th</sup>, 2022, <https://thenevadaindependent.com/article/the-death-of-big-tent-political-parties>.

12 Krouwel, André: Otto Kirchheimer and the catch-all party. In: West European Politics, Volume 26, 2003, Issue 2, pp. 23–40, <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01402380512331341091>.

13 Siehe zum Beispiel Hooghe, Lisbeth and Marks, Gary: The Social Roots of the Transnational Cleavage. In: The Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European Governance and Politics Programme (EGPP) Seminar: The social bases of political parties: A new measure, December 1, 2021, online unter: [https://www.youtube.com/watch?v=\\_\\_M-CuNvH-I](https://www.youtube.com/watch?v=__M-CuNvH-I).

14 Katz, Richard S. and Mair, Peter: The Cartel Party Theses: A Restatement. In: Perspectives on Politics, Volume 7, No. 4 (December 2009), pp. 753–766, <https://www.jstor.org/stable/40407077>.

15 Cleary, Seán: Democracy – Its Substance and Meaning: Can One Size Fit all? Bertelsmann Background Paper, Trilogue Salzburg 2018, pp. 38–59, [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/5\\_Democracy\\_-\\_Its\\_Substance\\_and\\_Meaning.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/5_Democracy_-_Its_Substance_and_Meaning.pdf).

allem für den Zusammenhang zwischen Partei- und Identitätsentwicklung in den USA, wo inzwischen in einem de facto Zwei-Parteien-System laut Analytikern wie Shanto Iyengar von der Stanford Universität

„die parteipolitische Identität der Amerikaner stärker ist als Rasse und ethnische Zugehörigkeit. Der Stanford-Wissenschaftler Shanto Iyengar hat herausgefunden, dass die Verbundenheit der Menschen [in den USA] mit ihren politischen Parteien stärker ist als die Verbundenheit mit ihrer eigenen Rasse, Religion und anderen sozialen Kategorien. Zu den selbstdefinierenden Merkmalen, die die Amerikaner schätzen, gehören ihr rassisches und kulturelles Erbe, die Sprache, die sie sprechen, und die Wahl ihrer Religion. Eine von Stanford-Professor Shanto Iyengar mitverfasste Studie zeigt, dass Amerikaner, wie auch Bewohner anderer Länder, eine starke Abneigung gegen Mitglieder der politischen Opposition hegen. Doch die stärkste Bindung, so die jüngste Untersuchung eines Stanford-Wissenschaftlers, haben die Amerikaner zu ihrer politischen Partei. Und die Stärke dieser parteipolitischen Bindung – stärker als Rasse, Religion oder ethnische Zugehörigkeit – hat das Ausmaß der politischen Polarisierung in den USA verstärkt, so die Forscher. Die... Studie, die im *European Journal of Political Research* veröffentlicht wurde, stellt fest, dass diese zunehmende parteipolitische Kluft nicht nur in den USA, sondern auch in anderen etablierten Demokratien zu beobachten ist.“<sup>16</sup>

Obwohl eine ähnliche Entwicklung wegen der unterschiedlichen Parteienstruktur in europäischen Demokratien auch langfristig so nur schwerlich zu erwarten ist, sind Aspekte davon doch auch innerhalb der europäischen Parteien, vor allem hinsichtlich ihres intern wirksamen ideologischen Kits und ihres systemischen Anspruchs beobachtbar.

Dass wieder andere Kritiker den Vorwurf erhoben, nicht nur das Format Volkspartei, sondern auch politische Mitte überhaupt banalisieren inzwischen die Demokratie und mache sie der Tendenz nach zu einem oberflächlichen Spektakel, hinter dessen Vorhängen Verhältnisse in vorgegebenen Koalitionsmechanismen zwischenparteilich weitgehend unabhängig vom Wähler bestimmt werden, ist ebenfalls nicht ganz von der Hand zu weisen.

---

16 Martinovich, Milenko: American's partisan identities are stronger than race and ethnicity, Stanford scholar finds. In: Stanford News, August 31, 2017, <https://news.stanford.edu/2017/08/31/political-party-identities-stronger-race-religion/>.

Mit diesen Wahrnehmungen, die sich über die Jahre interaktiv miteinander verbanden, war ein genereller Übergang der Perzeption des Formats Volkspartei sowohl durch Kritiker wie Wähler verbunden – nicht zuletzt auch durch die wählende Jugend, nachwachsende Kandidaten und politisch Interessierte. Dieser Wahrnehmungs-Wechsel betraf – nicht weniger als das restliche Europa – auch den deutschsprachigen Raum. Von Paris bis Warschau und Budapest, von Malmö und Helsinki bis Rom und Madrid, aber eben auch von München bis Berlin, von Kiel bis Bozen, von Wien bis Basel: Die Krise der Volksparteien stellt inzwischen seit Jahren die politische Mitte der Demokratien in der Europäischen Union und so auch im geographischen Zentrum Europas in Frage.

Dabei sind jedoch die entsprechenden Entwicklungen trotz typologisch überlappender Merkmale im einzelnen sehr unterschiedlich. Sie müssen differenziert betrachtet werden, wenn konstruktive Kritik mit dem Ziel der Weiterentwicklung demokratischer politischer Zentren nicht selbst der – in Zeiten der „Re-Globalisierung“<sup>17</sup> – unterbewußt ständig präsenten Verführung populistischer Muster und Klischees verfallen will. Volksparteien sind sehr unterschiedlich strukturiert und haben verschiedene Geschichten: von historischen Kompromiss- und pan-demokratischen Neubeginn-Parteien nach den zwei Weltkriegen über Block- und Weltanschauungsparteien in den 1970er Jahren bis hin zu ideologieübergreifenden ethnischen Minderheiten- und Sammelparteien in Autonomiegebieten wie Südtirol. Ihr historisches und geographisches Spektrum ist breit, aber auch ihr Verbindendes steht außer Frage: die politische Mitte zu besetzen, und diese Mitte im politischen Prozess ständig neu hervorzubringen und zu stärken.

Tatsächlich gilt: Das Format Volkspartei war historisch – sowohl in Europa wie im deutschsprachigen Raum – für die Mitte gemacht. Volkspartei stand und steht ihrem „klassischen“ Selbstverständnis nach dort, wo Dialog stattfindet und Kompromisse im Sinne der Verständigung verschiedener Interessen und politischer Anschauungen für das Gemeinwohl geschlossen werden. Die Charakteristik der „Vermittlung“ des politischen Prozesses verbindet verschiedene Ansätze von Volkspartei, über Sprach-

---

17 Benedikter, Roland, Gruber, Mirjam, und Kofler, Ingrid (eds.): Re-Globalization: New Frontiers of Political, Economic and Social Globalization. Routledge book series: Rethinking Globalizations, (<https://www.routledge.com/Rethinking-Globalizations/book-series/RG>), Volume 95, Routledge / Wiley and Sons, London-New York-Amsterdam 2022, <https://www.routledge.com/Re-Globalization-New-Frontiers-of-Political-Economic-and-Social-Globalization/Benedikter-Gruber-Kofler/p/book/9780367642846>.

und Kulturgrenzen hinaus, in einen gesamteuropäischen Raum hinein: sie vereint deutschsprachige mit französischen, italienischen, britischen, belgischen, holländischen und skandinavischen Volksparteien, ja sogar mit jenen – noch relativ jungen – im Osten der Europäischen Union. All diese verschiedenen „Volksparteien“ verbindet, dass sie „catch-all“ Parteien sind: sie wollen die gemäßigten Bürger der politischen Mitte ansprechen und einbeziehen.

Gleichzeitig scheint gerade dies in den letzten Jahren sehr viel schwieriger geworden zu sein. Die meisten Volksparteien, von Skandinavien bis an den Bosphorus, von Spanien bis in die Baltischen Länder, verbindet heute eine Tendenz zur Schrumpfung. Das stellt bei nicht wenigen von ihnen ihre bisherige Form und teilweise sogar Existenz in Frage. Im Osten Europas hat das teilweise mit der Vereinnahmung von Volksparteien durch Populisten und Autoritären-Freunde zu tun; in Mitte und Westen eher mit gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen und der Empfindung eines Kontroll- und Vertrauensverlusts verschiedener Wählersegmente im Rahmen sich häufender Systemkrisen. Die Stärkung national „tragender“ Gemeinschafts- und Zentrums-Impulse durch die Bedrohung Europas durch Russlands Ukraine-Krieg mag ein temporärer Gegenimpuls sein. Mit ihm konkurrieren allerdings die Stimmen der „Putin-Versteher“ etwa in der Regierungs-Volkspartei in Ungarn und der EU-Beitrittskandidaten in Serbien. Die Frage ist, wie lange der EU-interne Kompromiss zwischen so entgegengesetzten Kräften anhalten kann – und wie lange Krieg und Wahrnehmung einer äußeren Bedrohung manche westliche Volksparteien zumindest äußerlich stabilisieren, so wie etwa in Finnland und Schweden.

Jenseits nationaler Unterschiede verbindend bleibt jedenfalls, dass der Umbruch der Volksparteien in einem sich verändernden gesellschaftlichen und sozialen Umfeld stattfindet, von dem kaum eine große Volkspartei in Europa verschont bleibt. Als Reaktion darauf findet in den meisten europäischen Volksparteien heute eine Selbstbefragung statt. Sie will sich einerseits manches Grundsätzlichen neu vergewissern, strebt darüber hinaus aber auch einen Neuanfang an. So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, nach der Bundestagswahl 2021 in den beiden ehemals großen deutschen Volksparteien – nicht zum ersten Mal – eine Erneuerungsdiskussion begonnen. Ähnliche Diskussionen finden sich in Österreich, der Schweiz und in Südtirol; und darüber hinaus in Frankreich, Italien und Großbritannien, wenn sich dabei auch konkrete Kontexte und politische Ökosysteme zum Teil stark unterscheiden. Letztlich sind auch die beiden großen Parteien der USA im Gefolge der Erschütterungen der Trump-Ära

noch immer in einem Neufindungsprozess begriffen, der die gesamte Demokraten-Ära unter Joe Biden (oder Nachfolgern) bis 2024 durchziehen wird. Insgesamt sind die tragenden Säulen des Parteiensystems der westlichen liberalen Demokratien in einem Veränderungsprozeß begriffen, der mit Fug und Recht als eine Transformation von Demokratie in Zeiten der neuen, fundamentalen Systemrivalität zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien<sup>18</sup>, und damit als Teil der gegenwärtigen „Re-Globalisierungs“- und „Glokalisierungs“-Epoche begriffen werden kann.

Die folgenden Seiten versuchen diesen Prozess in Grundelementen zu begreifen und aufzuarbeiten. Sie konzentrieren sich auf die Zukunft der politischen Mitte im deutschsprachigen Raum, stellen sich dabei in den Grundlinien aber – notgedrungen – einer gesamteuropäischen Herausforderung. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie kann sich angesichts gesellschaftlicher und psychologischer Umbrüche im Umfeld technologischer Neuerungen, sozio-ökonomischer Veränderungen und wiederholten Bündelkrisen samt Aufstieg von Populismen die politische Mitte offener Gesellschaft erneuern, um das verbindende Zentrum von Demokratie als Ort und Maßstab von Mäßigung, dialogischer Gemeinschaftsbildung, Ausgleich und Vernunft zu wahren? Und welche Rolle kann das traditionelle „Mitteformat“: das Format Volkspartei dabei spielen?

Ich beschreibe zunächst Transformationen in Umfeldern und Zeitbedingungen der traditionellen Repräsentantin integrativer Mitte: der Volkspartei. Darauf aufbauend skizziere ich Versäumnisse, die sich auf Format und Praxis von Volkspartei ausgewirkt haben. Schließlich entwerfe ich einige offene Korrekturvorschläge und Perspektiven für die kommenden Jahre.

Dieser Versuch ist nicht neu und sich seiner zahlreichen Voraussetzungen bewußt. Das Thema „Erosion der Volksparteien“ ist schon seit längerem auf der Tagesordnung, und zwar durchaus intensiv. Trotzdem bleibt es wichtig genug, um es – in gebotener Straffung – diesmal unter Gesichtspunkten zeitgenössischer „De-Internationalisierung“, „Re-Globalisierung“ und „Glokalisierung“ erneut unter die Lupe zu nehmen. Der Grund: das, was Kritiker die „Zerfledderung der Parteienlandschaft“ nennen, könnte in den nächsten Jahren bei nicht ausreichend bewältigten Globalisierungswirkungen und möglichen weiteren Systemkrisen eher weitergehen als

---

18 Vgl. dazu ausführlich Benedikter, Roland: The New Global Direction: From „One Globalization“ to „Two Globalizations“? Russia’s War in Ukraine in Global Perspective. In: New Global Studies, Fall Issue 2022, De Gruyter, online first publication: 15 September 2022, pp. 1–34, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/ngs-2022-0038/html>, DOI: <https://doi.org/10.1515/ngs-2022-0038>.

abnehmen. Der für die Zukunft des Formats Volkspartei auszutragende Grundkonflikt wird der zwischen politischer Integrationskraft der Mitte, Spezialisierung zu „professionalisierten Wählerparteien“ und der Wahl zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Populismus sein. Dazu kommt die Grundsatzdiskussion um die Zukunft der Demokratie: ob Integrationsparteien, die „alle“ einbeziehen wollen, in einer hoch individualisierten Zeit eher die politische Mitte retten – oder aber den Pluralismus schwächen.

Wahrscheinlich ist: Die Zukunft der liberalen Demokratien in Europa hängt (mit) davon ab, ob – und wie – die Mitte des Dialogs gegen die Aufspaltung in ausufernde Ränder behauptet und modernisiert werden kann. Dazu braucht es einer Parteiendemokratie vermutlich auch an zentraler Stelle die Erneuerung des Parteien-Formats der Mitte, und für die Mitte. Historisch war das das Format „Volkspartei“. Um über es nachzudenken, gilt es zunächst näher zu bestimmen, was „politische Mitte“ eigentlich bedeutet – und auch, was sie sein *kann*, und wo ihre Grenzen liegen.